

WISSEN ZUR
**EUROPÄISCHEN
WÄHRUNGSUNION**



Inhalt

Vorwort. Was ist ein Studienzirkel?	1
Die Europäische Gemeinschaft – Gründe und Anfänge	4
Die europäische Kohle und Stahl Union	4
Ziele	5
Die Institutionen	6
Der Euro – Eine gemeinsame europäische Währung	8
EMU – Arbeitsplätze und Unternehmen	9
Die EU und Beschäftigung	9
Leitzins	11
Gewerkschaften	11
Die strukturelle Entwicklung	12
Ausgleichsfonds	13
Arbeitsorganisation	14
Demokratie am Arbeitsplatz	17
Erwachsenenbildung und lebenslanges Lernen	18
Beschäftigung	19
EMU und Wohlfahrt	21
Arbeitsplätze	21
Bildung	21
Gesundheitsfürsorge	22
Persönliche soziale Sicherung	22
Wohnungen	22
Ernährung	23
Freizeit	23
Infrastruktur	23
Staatliche Unterstützung	23
Kultur und Sport	23
Umwelt	23
Die Finanzen des Solidarsystems	34
Das Sozialsystem in meinem Lande	25
Wirtschaft und EU – Erweiterung	26
Hintergrund	26
Fakten	26
EU – Erweiterung	26
Finanzierung der Europäischen Gemeinschaft	27
Die Europäische Gemeinschaft und die Dritte Welt	30
EMU und Globalisierung	31
Eine Einführung in die Globalisierung	31
Der Weltmarkt	31
Der Markt und Wohlstand	31
Der Markt und Frieden	32
Der Markt und Demokratie	32
EMU und lokale und regionale Demokratie	34
Die Definition von Demokratie	34
Das Subsidiaritätsprinzip	34

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft im Einklang mit den Rahmenbedingungen des GRUNDTVIG Programms durchgeführt.
Der Inhalt dieses Projektes gibt nicht notwendigerweise die Position der Europäischen Gemeinschaft wieder noch lassen sich daraus irgendwelche Verbindlichkeiten / Verpflichtungen seitens der Europäischen Gemeinschaft ableiten.



Vorwort

ALLE BÜRGER DER MITGLIEDSTAATEN der Europäischen Union leben in zwei nebeneinander existierenden politischen Systemen – in ihrem eigenen und dem der EU. Ein Umstand, der offensichtlich zu Spannungen und Fragen hinsichtlich der Demokratie in der Gemeinschaft führt. Es ist daher sehr wichtig, dass so viele Bürger wie möglich die Gelegenheit bekommen, mehr über die Grundprinzipien der Demokratie zu lernen und zu verstehen. Das ist ganz besonders wichtig für die BürgerInnen der neuen oder zukünftigen Mitgliedstaaten.

Geschichte ist ein gutes Mittel zum Verstehen von Demokratie. Es gibt zum Beispiel im Ostseeraum viele historische Verbindungen zwischen den heute so unterschiedlichen Ländern. Diese historischen Verbindungen sind nützlich, um das gemeinsame kulturelle Erbe der Länder rund um die Ostsee aufzuzeigen. Wie bereits erwähnt, ist es wichtig, dass so viele BürgerInnen der EU wie möglich mehr über Demokratie lernen. Eine Art, dieses umzusetzen, ist die Entwicklung von Methoden zur Durchführung der transnationalen Erwachsenenbildung.

Diese Arbeit beinhaltet vier verschiedene Themenbereiche, die dazu geeignet sind, sich ein Verständnis für die Gründe der Entwicklung einer europäischen Union anzueignen. Die vier Bereiche sind

- Kenntnisse über Demokratie
- Kenntnisse über soziale Bewegungen
- Kenntnisse der Geschichte
- Kenntnisse über die Europäische Währungsunion

FÜR JEDES DIESER THEMEN wurde ein Arbeitsbuch erarbeitet. Diese Arbeitsbücher wurden unter der Maßgabe geschrieben, dass mit ihnen nach der Methode des Studienzirkels gearbeitet wird. Die Schwerpunkte dieser Methode liegen auf der Selbstunterrichtung und dem Verstehen und Teilen von Wissen und Erfahrungen mit anderen Erwachsenen des Studienzirkels. Die vier Arbeitshefte sind das Resultat einer Kooperation von sieben Teams in sechs Ländern rund um die Ostsee im Rahmen eines EU-Projektes. Diese Teams gehören zu folgenden nicht staatlichen Organisationen (NGOs): ABF Stockholm, ABF Göteborg, Arbeit und Leben Hamburg, TSL Helsinki, AHL Tallinn, RuAF Riga und LLES Vilnius.

DIESES BUCH IST EINS DER VIER dieser Reihe zum Thema „Kenntnisse über die EMU (Europäische Währungsunion)“. Es besteht aus 6 Kapiteln mit dem Versuch, die meisten Fragen bezüglich der Währungsunion abzudecken und den Bezug zum alltäglichen Leben des Einzelnen herzustellen.

Die vorgeschlagene Methode dieses Arbeitsheftes ist ein Weg, um die Kenntnisse und das Interesse an der Europäischen Gemeinschaft zu vertiefen. Es kann genau so in anderen Ländern in anderen Teilen Europas verwandt werden. Tatsächlich ist die Studienzirkelmethode der billigste Weg, eine große Anzahl von Menschen zu erreichen und ihre sozialen und kommunikativen Qualitäten eignen sich zur Bewältigung der Aufgabenstellung besonders gut.

Dieser Studienführer ist im Schwerpunkt das Ergebnis der Kooperation dreier Teams aus ABF Göteborg, RuAF Riga und LLES in Vilnius. Es war eine Herausforderung, diesen Führer durch eine internationale Kooperationsarbeit verschiedener Kulturen mit unterschiedlichen Blickwinkeln zu erarbeiten.

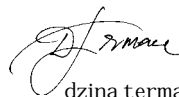
Vielen Dank den TeilnehmerInnen der Teams, die zu dieser Arbeit viele Ideen, Material und Freude beigetragen haben. Wir hoffen, dass die Studienzirkelmethode mit ihrer langen Tradition in Skandinavien und Nordeuropa die Bürger in anderen europäischen Ländern genauso überzeugt.



arne hasselgren
ABF Göteborg



giedre lelyte
LLES Vilnius



dzina termāne
RuAF Riga

Die vier vorliegenden Studienbücher sind das Ergebnis einer Kooperation zwischen sieben Teams in sechs Ostseestaaten im Rahmen eines EU-Projektes.



TSL
HELSINKI

AHL
ESTONIA



LLES
LITHUANIA



Was ist ein Studienzirkel?

WIE LERNEN WIR? Auf welchem Weg erweitern wir unser Wissen? Traditionelles Lernen bedeutet häufig, für sich alleine zu lernen, in Kursen, die oft zu einem Abschlußtest führen. Wir neigen dazu, für die Schule und nicht für das Leben zu lernen. Das kennen wir aus unserer Schulzeit genauso wie aus unserem Studium oder aus unseren Arbeitserfahrungen. Andererseits haben Studien ergeben, dass das, was wir auf diese Art lernen und in Tests durchaus erfolgreich wiedergeben können, sehr schnell wieder vergessen wird.

Wir wissen alle, dass es verschiedene Arten des Lernens gibt, eine davon ist der Studienzirkel, eine Lernform, die insbesondere in den skandinavischen Ländern weit verbreitet ist. Charakteristisch für einen Studienzirkel ist, dass eine Gruppe von Menschen freiwillig in einem bestimmten Rahmen zusammentrifft, in dem sie entscheidet, wie und auf welche Art sie gemeinschaftlich Wissen erwerben möchte. Die TeilnehmerInnen planen ihr Lernen, sammeln Informationen, formulieren Fragen, diskutieren, analysieren und evaluieren auf Grundlage ihrer Zielvorstellungen und ihrer eigenen Interessen. Menschen, die sich ihrer eigenen, individuellen Lernziele bewußt sind, können oft andere Lernmöglichkeiten finden.

NEHMEN WIR AN, dass wir eine Gruppe von Erwachsenen haben, die auf einem bestimmten Gebiet ihr Wissen vertiefen will und dieses gemeinsam tun möchte. Es ist nicht notwendig, dass ein Lehrer den Studienzirkel unterrichtet. Im Mittelpunkt steht, dass die TeilnehmerInnen sich selbständig ihr Wissen erarbeiten, obwohl es durchaus sein kann, dass ein Lehrer die Verantwortung für den Studienzirkel trägt. Dieses ist aber eher für Studienfächer wie Fremdsprachen oder Mathematik der Fall. Es ist wesentlich, dass die LehrerInnen verstehen, dass ihre Rolle in solch einer Erwachsenengruppe eine andere ist, als die gewohnte. In einem Studienzirkel muß das Hauptaugenmerk auf die Zusammenarbeit gelegt werden, um Antworten auf die Fragen zu finden, die den TeilnehmerInnen wichtig sind. Es ist nicht das Ziel, Antworten zu finden auf Fragen, deren Antworten der Lehrer bereits kennt. Die Fragen der TeilnehmerInnen in den Mittelpunkt zu stellen, führt nicht nur zu einer Erweiterung des Wissens, sondern es fördert auch das Selbstvertrauen und die Unabhängigkeit der Mitglieder des Studienzirkels.

In den Ländern, in denen dieses EU-Projekt realisiert wurde, gibt es unterschiedliche Erfahrungen mit den Studienzirkeln, wie sie hier beschrieben wurden. Der Studienzirkel als eine Form des Lernens wird als Ergänzung zu anderen Formen betrachtet. Für die EU-Gemeinschaft ist es wichtig, das Wissen über Studienzirkel in der EU unter Erwachsenen so weit wie möglich zu verbreiten. Schon heute wird dieser nicht-autoritären Art des Lernens in Schweden eine große Bedeutung bei der Entwicklung der demokratischen Gesellschaft zugesprochen.

Olof Palme, Schwedens ehemaliger Ministerpräsident, pflegte manchmal Schweden als eine "Demokratie der Studienzirkel" zu beschreiben. Er meinte, dass die TeilnehmerInnen dort lernen, einander zuzuhören, ihre eigene Meinung zu sagen und der Meinung anderer Aufmerksamkeit und Respekt zu zollen. Auf diese Weise habe die große Anzahl von nicht-autoritären Studienzirkeln dazu beigetragen, die Demokratie Schwedens zu formen.

ES GIBT KEIN BESONDERES TEXTBUCH neben diesem Arbeitsbuch. Es wird davon ausgegangen, dass dieses Material in einem Studienzirkel benutzt wird. In diesem Führer sind eine Menge Fragen mit einer großen Anzahl von Fakten vermischt. Das Ziel dieser

Fragen ist, eine Diskussion anzuregen oder die Fakten anzunehmen, entweder aus diesem Buch oder so, wie die Mitglieder sie vorgetragen haben.

Die Anzahl von Fragen macht es notwendig, vorher zu entscheiden, auf welche das Hauptaugenmerk der Gruppe gerichtet werden soll. Man kann selbst wählen, was wichtig genug ist, um darüber zu diskutieren. Es ist möglich, einige Fragen wegzulassen, oder neue, die einem wichtig erscheinen, hinzuzufügen.

Das Arbeitsbuch ist so aufgebaut, dass man auswählen kann, was man in diesem Leitfaden lesen möchte und welche Informationen man allein oder in Untergruppen zwischen den Treffen des Studienzirkels sammeln möchte. Erfahrungen haben uns gelehrt, dass es wertvoll sein kann, Leute außerhalb des Studienzirkels zu interviewen. Manchmal ist es der einzige Weg, die Informationen zu bekommen, die der Studienzirkels benötigt.

Am wichtigsten sind natürlich die TeilnehmerInnen selbst. Ihre Erfahrungen, Einsichten, Neugier und Entdeckungslust bilden die Grundlage eines erfolgreichen Studienzirkels.

DER STUDIENZIRKEL BRAUCHT eine Person, die koordiniert und leitet. Sie ist den anderen TeilnehmerInnen gleichgestellt. Ihre Aufgabe ist es, den Kreis zusammen zu halten und eine Gruppe zu formen. Sie sollte jedem Mitglied Aufmerksamkeit schenken, die Schüchternen dazu ermuntern, an Diskussionen teilzunehmen und die Dominanten dazu bewegen, sich zurückzuhalten. LeiterInnen von Studienzirkeln sollte Kenntnisse über die ideologischen und praktischen Merkmale eines Studienzirkels haben, sie sollte wissen, wie Erwachsene im Gegensatz zu Kindern lernen und wie sich gruppendynamische Prozesse und gemeinschaftliches Arbeiten auf den Einzelnen auswirken.

ERFAHRUNGSGEMÄß SOLLTEN idealerweise sieben bis zehn Personen an einem Studienzirkel teilnehmen. Bei weniger Mitgliedern ist die Anzahl der Meinungen und Haltungen sehr begrenzt. Eine große Anzahl TeilnehmerInnen macht es dagegen schwieriger, für jeden Einzelnen aktiv an dem Studienzirkel teilzunehmen und den Entwicklungsprozess der Arbeit dieses Zirkels vollständig mit zu tragen. Der Dialog innerhalb der Gruppe ist das Wesentliche.

Ein üblicher Studienzirkel trifft sich während der Freizeit der TeilnehmerInnen normalerweise einmal pro Woche für zwei bis drei Stunden. Die Zwischenseit dient der Verarbeitung und individuellen Reflexion.

Gelegentlich werden diese Studienzirkel auf ein oder mehrere Tage ausgedehnt – oft über das Wochenende oder im Rahmen der Bildungsfreistellung über 5 Tage. Das gibt die Möglichkeit für eine intensivere Arbeit an aktuellen Themen.

Wie lange dauert so ein Studienzirkel? Darauf gibt es keine eindeutige Antwort. Einige Gruppe können nicht mehr als drei Treffen absolvieren. Die meisten dauern mehrere Monate lang. Aber es gibt auch Beispiele für Studienzirkel, die das Feld ihres Lernens so ausgedehnt haben, dass sie über Jahre zusammen arbeiteten.

DA STUDIENZIRKEL für die meisten Menschen eine relativ neue Idee sind, ist es wichtig, dass die TeilnehmerInnen an einer Einführungsveranstaltung über Studienzirkel teilnehmen. Sie sollte grundlegende Merkmale der gemeinschaftlichen Arbeit in Form eines Studienzirkels beinhalten. Nachdem die Gruppe die Möglichkeit bekommen hat, das Material zu sichten, kann sie entscheiden, auf welche Aspekte ihr Hauptaugenmerk gerichtet werden soll und einen groben Plan für das weitere Vorgehen machen.

ZU GUTER LETZT hat es sich für die TeilnehmerInnen – und auch für den Studienzirkel – als wertvoll erwiesen, dass gelegentlich eine Unterbrechung der Arbeit erfolgt und die Mitglieder über die Art ihrer Zusammenarbeit reflektieren.

Die Europäische Gemeinschaft

Gründe und Anfänge

DIE EU (EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT) ist das Ergebnis eines Kooperations- und Integrationsprozesses, der 1951 zwischen 6 Ländern (Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande) begann. Nach 50 Jahren und vier Erweiterungen (1973 Dänemark, Irland und Großbritannien, 1981 Griechenland, 1986 Spanien und Portugal, 1995 Österreich, Finnland und Schweden) hat die Europäische Gemeinschaft heute 15 Mitglieder und bereitet sich auf ihre fünfte Erweiterung, dieses Mal in Richtung Ost- und Südeuropa, vor.

Die Europäische Kohle- und Stahl Union

IM JAHRE 1951 TRAFEN SECHS LÄNDER ZUSAMMEN, um die Europäische Kohle- und Stahl Union (ECSC) zu gründen. Die grundlegende Idee war, dass ein Land, das keinen eigenständigen Zugang zu Kohle und Stahl hat, keinen Krieg gegen seine Nachbarn führen kann. So gesehen begann die Europäische Gemeinschaft als eine Friedensinitiative.

Am Ende des II. Weltkrieges war es die größte Herausforderung, eine wirkliche Solidarität zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern herzustellen. Der Kampf um den Zugang zu Kohle und Stahl war ein wichtiger Aspekt im Hinblick auf die Rivalität in Europa, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich. Eine gemeinsame Verwaltung sollte ein dauerhaftes Ende des Konflikts bedeuten und die Möglichkeit für eine bessere Nutzung der Ressourcen schaffen.

Die Idee der Schaffung einer Union wurde zum ersten Mal von dem französischen Außenminister Robert Schuman auf einer Pressekonferenz am 09. Mai 1950 vorgetragen. Seine Erklärung wird als die Geburtsstunde der Europäischen Gemeinschaft betrachtet und daher ist der 09. Mai als jährlich begangener „Europatag“ ausgewählt worden.

Die sechs Nationen kamen überein, ihre Schwerindustrien, und damit konsequenter Weise die Schlüsselindustrien für Waffen, auf der gemeinsamen Basis der Kohle- und Stahl Union zu organisieren. Dafür übertrugen sie einen Teil ihrer nationalen Eigenständigkeit auf eine gemeinsame europäische Autorität, jedoch nur für sehr präzise abgegrenzte Gebiete. Diese Rahmenbedingungen dienten später auch als Gerüst für die Arbeit auf anderen Gebieten der Europäischen Gemeinschaft

Seit Beginn der Europäischen Gemeinschaft durch Unterzeichnung des Pariser Vertrags von 1951 und, vielleicht noch wichtiger, mit dem Vertrag von Rom im Jahre 1957 wurden vier Instrumente geschaffen, um die vier Hauptziele zu erreichen: ein gemeinsamer Markt, ökonomische Expansion, Beschäftigungswachstum und die Anhebung des Lebensstandards aller Menschen in der Gemeinschaft. Von Beginn an richtete die Politik der Gemeinschaft ihr Augenmerk auf vier Hauptgebiete:

- Restrukturierung der Kohle und Stahlindustrie
- Restrukturierung des Landwirtschaftssektors
- trans-europäische Netzwerke zur Verbesserung des europäischen Transportwesens
- die Erschaffung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialpolitik



Die EU wurde 1951 gegründet.

Die Mitglieder der EU sind:
Belgien, Deutschland, Frankreich,
Italien, Luxemburg,
die Niederlande, Dänemark,
Irland, Großbritannien,
Griechenland, Spanien,
Portugal, Österreich, Finnland
und Schweden.

DIE EU IST DAS GEMEINSAME DACH für drei weitreichende Gebiete, die man oft als „Säulen“ der Union bezeichnet: Die erste und wichtigste ist die *Europäische Gemeinschaft*. Auf diesem Gebiet kann die Union Gesetze erlassen, die direkten Einfluß auf die Bürger nehmen. Die zweite Säule ist eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die dritte umfasst eine Kooperation auf dem Gebiet der Rechts- und Innenpolitik.

Ziele

DAS ANLIEGEN der Europäischen Gemeinschaft ist es, zwischen den Mitgliedsstaaten und ihren Bürgern in grundlegender Weise auf Solidarität basierende Beziehungen herzustellen. Die Hauptaufgaben sind:

- ❑ die Förderung von wirtschaftlichen und sozialen Prozessen (der einheitliche Markt wurde 1993 errichtet, die gemeinsame Währung im Jahre 1999 eingeführt)
- ❑ die Kenntlichmachung der Identität der EU auf dem internationalen Parkett (durch europäische humanitäre Hilfe an nicht EU-Länder, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, gemeinsames Handeln bei internationalen Krisen und einer gemeinsamen Haltung innerhalb internationaler Organisationen).
- ❑ Die Einführung einer europäischen Staatsbürgerschaft (die nicht die nationale Staatsbürgerschaft ersetzt sondern sie ergänzt, indem sie eine Anzahl von bürgerlichen und politischen Rechte auf die europäischen Bürger überträgt).
- ❑ Die Entwicklung eines Gebietes der Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit – (verbunden mit den Handlungsmöglichkeiten auf dem internen Markt und besonders der freien Wahl des Wohnortes).
- ❑ Die Erhaltung und der Beschluss europäischer Gesetze (die gesamte Gesetzgebung, die von den europäischen Institutionen übernommen wurden sowie die Gründungsverträge).

Diskussion



Versuchen Sie herauszufinden, wie und warum diese 5 Hauptziele vorteilhaft sind für

- den Einzelnen
- die Unternehmen
- Ihr Land als Ganzes?



Der 9. Mai wurde zum jährlichen „Europatag“ erklärt



Diskutieren Sie, ob die Auswahl der vier Hauptaufgabenfelder die Richtigen waren, um damit anzufangen.



Beurteilen und analysieren Sie die vier Ziele anhand Ihrer Ideen über Europas Zukunft. Es gibt noch andere unausgesprochene Ziele (zum Beispiel Frieden oder Beschäftigung). Fügen Sie andere Ziele, die für Sie wichtig sind, zu der Liste hinzu.



Die fünf Institutionen sind:

Das Europäische Parlament,
der Ministerrat,
die Kommission,
der Europäische Gerichtshof
und der Rechnungshof.

Die Institutionen

DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT stehen 5 Institutionen vor:

Das Europäische Parlament – gewählt von den Völkern der Mitgliedsstaaten

Das Parlament mit seinen 626 gewählten Abgeordneten – Mitglieder des Europäischen Parlaments, MEP's – hat kontrollierende sowie Rat und Gesetz gebende Gewalt. Es kann Vorschläge für europäische Gesetze beraten, verändern oder ablehnen. In bezug auf den EU Haushalt kann nur der Teil verändert werden, der nicht besonders gekennzeichnet ist, z.B. Zuwendungen für Bildungs- und Sozialprogramme. Frauen als eine Zielgruppe, fallen meistens unter die nicht gekennzeichnete Kategorie.

Das Parlament arbeitet hauptsächlich in Ausschüssen, die die Hauptgebiete der EU-Aktivitäten widerspiegeln. Der Ausschuß für die Rechte der Frauen z.B. befasst sich mit den besonderen Belangen von Frauen und weist häufig Frauen als eine besonders förderungsbedürftige Gruppe für EU Politik aus. 1991 organisierte der Ausschuss zum Beispiel ein Anhörung zum Thema Migration von Frauen und unterstrich die Notwendigkeit eines Berichtes über ihre Situation.

Der Ministerrat – die EU-Entscheidungsträger

Der Rat handelt als gesetzgebendes Organ für die Regierungen der Mitgliedsstaaten. Sobald man sich für eine bestimmte Politik entschieden hat, informiert der Rat die Kommission, woraufhin sie Gesetzesvorlagen, basierend auf den Empfehlungen des Rates, vorbereitet. Als Organ mit Richtlinienkompetenz entscheidet der Rat das Programm der EU und koordiniert die generelle Wirtschaftspolitik für die Mitgliedsstaaten. Als weisungsgebendes Organ und mit dem Recht die Verantwortung für die Umsetzung der Politik an die Kommission zu delegieren, kann es aber auch selbst tätig werden.

Der Rat besteht aus je einem Mitglied der Regierung jedes Mitgliedsstaates und der Vorsitz wechselt halbjährlich unter den Mitgliedsstaaten. Die Finanzminister und die Landwirtschaftsminister treffen sich einmal im Monat, wobei sich die anderen Minister zweimal im Jahr treffen. Der Ministerrat – nicht zu verwechseln mit dem Europäischen Rat - besteht aus den Personen von Staat und Regierung. Auf ihren zweijährlichen Gipfeln bestimmen sie die politische EU-Agenda.

Die Kommission – ausführendes Organ der EU

Die Kommission stellt sicher, dass die Entscheidungen des Rates in Gesetzesvorlagen konvertiert werden, die die Basis für die EU-Gesetze darstellen. Die Kommission bringt ihre Instruktionen in drei verschiedenen Formen vor.

- Verordnungen, welche für alle Mitgliedsstaaten bindend und nationalem Recht übergeordnet sind.
- Richtlinien, die bindend für die Mitgliedsstaaten sind, aber die Staaten können die Art der Durchsetzung der Gesetze selbst bestimmen
- Entscheidungen und Empfehlungen, welche auch nicht verpflichtende Ratschläge für spezielle Adressaten darstellen können.

Die Kommission hat das Recht initiativ Gesetzesvorschläge einzubringen, genauso wie die Option, zu jeder Zeit des gesetzgebenden Prozesses die Gesetzesvorlagen zu verändern oder zurückzuziehen. Eine andere wichtige Funktion der Kommission ist

die Kontrolle der Gelder, die an die Mitgliedsstaaten in die Strukturfonds oder in Forschungs- und Aktionsprogramme geflossen sind. Die Kommission besteht aus zwanzig Mitgliedern, die jeweils für fünf Jahre ernannt werden.

Der Europäische Gerichtshof – Überwachung der Gesetze

Der Gerichtshof kann im Falle eines Konflikts zwischen einzelnen Personen und den Mitgliedsstaaten bezüglich der Interpretation und Durchsetzung von EU-Gesetzen angerufen werden. Nachdem über Gesetze entschieden wurde, ist es die Aufgabe der Europäischen Kommission, ihre Umsetzung zu überwachen. Für den Fall, dass Mitgliedsstaaten unwillig sind, den EU-Weisungen zu folgen, kann die Kommission sie vor den europäischen Gerichtshof zitieren. Es ist wichtig zu verstehen, dass EU-Verordnungen und Richtlinien für die Mitgliedsstaaten bindend und den nationalen Gesetzen übergeordnet sind. Das hat zur Folge, dass europäische Gesetze manchmal wesentlich fortschrittlicher sind als nationale Gesetze, wie z.B. im Falle der Gleichstellungspolitik für Männer und Frauen.

Der Rechnungshof – verantwortlich für die Überprüfung der Bücher

Der Rechnungshof überprüft alle Einnahmen und Ausgaben sowie die vorschriftsmäßige Abwicklung des Finanzmanagements des EU - Haushaltes

Die Institutionen werden von anderen Organen unterstützt:

Der Wirtschafts- und Sozialausschuß und der Ausschuß der Regionen sind beratende Organe, die sicherstellen, dass die unterschiedlichen Positionen bezüglich wirtschaftlicher und sozialer Kategorien sowie der Regionen gleichberechtigt behandelt werden.

Der Europäische Ombudsman nimmt sich der Beschwerden der Bürger bezüglich der Missstände der europäischen Verwaltungen an.

Welche Rolle hat – im Prinzip – ein Ombudsman?

Die Europäische Investmentbank ist eine EU-Finanzinstitution.

Die Europäische Zentralbank ist verantwortlich für die Finanzpolitik im Euro-Gebiet.



www.eu.com
www.thecouncil-ministers.eu



Versuchen Sie einen Fall aus Ihrem Land zu finden, in dem das europäische Gesetz Anwendung gefunden hat.

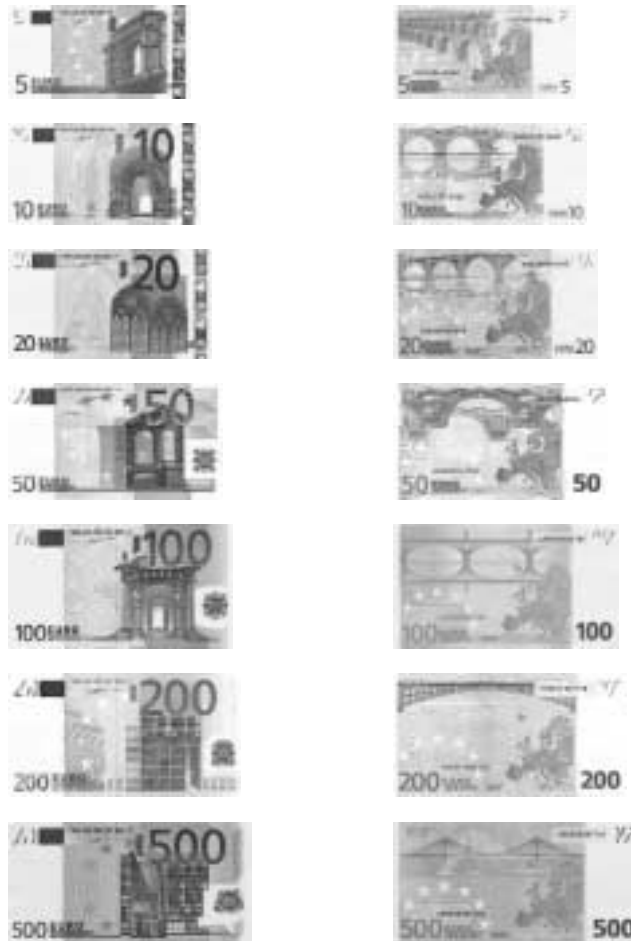


Der Euro – eine gemeinsame europäische Währung

DIE IDEE EINER GEMEINSAMEN europäischen Währung begann als Antwort auf die weltweite Währungskrise der frühen siebziger Jahren. Es stiegen die Ölpreise im Jahre 1973 z.B. auf das Vierfache, wodurch sich die Inflationsrate und die Arbeitslosenquote erhöhten. Der sogenannte Werner Report aus dem Jahre 1970 legte die Grundlage für die gemeinsame Währung und im Jahre 1979 wurde ein europäisches Währungssystem eingeführt.

Zehn Jahre später, im Jahre 1989, präsentierte das Delor Komitee einen Bericht über die wirtschaftliche und finanzielle Union, der die Basis für den Euro darstellt. Weitere zehn Jahre später, am 1. Januar 1999, wurde der Euro offiziell eingeführt und elf Länder nahmen den Euro als ihre offizielle Währung an: Österreich, Belgien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal und Spanien.

Die Idee einer Finanzunion und einer gemeinsamen Währung war – und ist – wirtschaftliche Krisen für europäische Länder zu vermeiden und statt dessen stabile, gemeinsame und grundlegende ökonomische Spielregeln festzulegen. Deshalb wurde eine Anzahl von Wirtschaftsbedingungen definiert, die von jedem Mitgliedsstaat erfüllt werden müssen, der die Absicht hat, der Europäischen Währungsunion anzugehören.



Die Idee der Währungsunion und der gemeinsamen Währung war und ist, Wirtschaftskrisen für die europäischen Länder zu vermeiden und statt dessen Stabilität und gemeinsame tragfähige wirtschaftliche Spielregeln zu erschaffen.

Am 1. Januar 2002 wurde eine gemeinsame Währung, der Euro, in elf Ländern der Europäischen Gemeinschaft eingeführt.

EMU – Arbeitsplätze und Unternehmen

Die Europäische Gemeinschaft (EU) und der Arbeitsmarkt

AUF DEM LISSABONNER EG – Gipfel des Jahres 2000 wurde der Beschluss gefasst, dass die Beschäftigungsrate der sich im arbeitsfähigen Alter befindenden Bevölkerung von 63,3 % (im Jahre 2000) auf 70 % bis zum Jahre 2010 erhöht werden soll. Für Frauen wird ein Anteil von 60 % innerhalb desselben Zeitraums angestrebt.

Die EG – Arbeitsmärkte weisen nach wie vor erhebliche strukturelle Schwächen auf, vor allem ist die Arbeitslosenquote immer noch immens hoch, zum Beispiel doppelt so hoch wie in den USA. Insbesondere die hohe Jugendarbeitslosigkeit bleibt ein Problem und auch die niedrige Beschäftigungsrate von älteren Menschen (55 bis 64 Jahre) ist Besorgnis erregend und weit von dem Lissabonner Ziel von 50 % bis zum Jahre 2010 entfernt. Nach wie vor existieren größere Unterschiede zwischen den Geschlechtern bezüglich der Beschäftigungs- und Arbeitslosenquote sowie der Berufsfelder und der Entlohnung.

Im Jahre 1997 nahm das „Employment Committee“ seine Arbeit auf. Sein Hauptziel ist die Planung, Entwicklung, Überwachung, Nachbereitung und Bewertung einer gemeinsamen europäischen Beschäftigungsstrategie.

Diese Strategie zielt auf eine sich gegenseitig unterstützende Kooperation der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Analyse, Erforschung und Beaufsichtigung der Beschäftigungspolitik ab, um gute Verfahren zu erkennen und den Austausch und Transfer von Informationen und Erfahrungen zu unterstützen. Sie beinhaltet ausschließlich Länder übergreifende Verfahren und Maßstäbe. Dem Komitee steht bis zum Jahre 2005 ein Budget von 55 Millionen Euro zur Verfügung.

ALLE MITGLIEDSTAATEN haben nationale Programme zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Arbeitslosigkeit ist diesbezüglich ein bedeutender Faktor. In einem EU – Report werden acht Anforderungen an diese Programme benannt:

- die Entwicklung eines Arbeitsmarktes, der einen Arbeitsplatz als Recht und Möglichkeit für jedermann betrachtet
- das Garantieren eines ausreichenden Einkommens und der Mittel für ein Leben in Würde
- die Bekämpfung von Bildungsungleichheiten
- die Bewahrung familiärer Solidarität und das Schützen der Rechte von Kindern
- die Sicherung von geeignetem Wohnraum für jedermann
- das Garantieren eines gleichen Zugangs zu hochwertigen Dienstleistungen wie Gesundheitsfürsorge, soziale Sicherung und Transport
- die Verbesserung der staatlichen Sozialleistungen
- die Sanierung von Wohngebieten und sozial schwachen, Problem beladenen Regionen



Diskutieren Sie, ob die Regierung Ihres Landes Initiativen bezüglich der Erwachsenenbildung ergriffen hat.

Es wird darauf hingewiesen, dass es lange dauern wird, bevor alle Mitgliedsstaaten diesen Anforderungen das gleiche Gewicht beimessen werden.

Was halten Sie von diesen Anforderungen?

Diskutieren Sie diese und versuchen Sie, eine Rangfolge der fünf wichtigsten zu erstellen. Schreiben Sie Ihre Argumente nieder.

1. Unser Argument: _____
2. Unser Argument: _____
3. Unser Argument: _____
4. Unser Argument: _____
5. Unser Argument: _____

Was ist wichtig an einem Arbeitsplatz?

Diskutieren Sie in der Gruppe und machen Sie eine Aufstellung der fünf wichtigsten Kriterien:

1. _____
2. _____
3. _____
4. _____
5. _____

Gehalt

Wenn viele Länder dieselbe Währung haben, ist es einfacher, die Gehälter zu vergleichen.

Was sind die Vor- und Nachteile eines solchen Vergleiches?

Machen Sie eine Liste dieser Vor- und Nachteile und diskutieren Sie, wie man mit den möglichen Nachteilen umgehen kann – schreiben Sie Ihre Antworten auf:

Vorteile

Nachteile

Leitzins

Vor der Einführung der Europäischen Wahrungunion war der Zinssatz in den einzelnen europäischen Ländern unterschiedlich.

Wie wird sich ein einheitlicher Zinssatz auswirken auf:

Sie persönlich

das Unternehmen / die Organisation, für das / die Sie arbeiten

die kleinen Unternehmen in Ihrem Land

die großen Unternehmen in Ihrem Land

die internationalen Unternehmen, die in Ihrem Land tätig sind

Gewerkschaften

DIE GEWERKSCHAFTEN in Europa mit ihrer langen Geschichte weisen mit ihrer jahrzehntelangen Entwicklung sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede auf. Eine Gemeinsamkeit nach der kommunistischen Ära im ehemaligen Ostblock ist die Unabhängigkeit von Staat und Behörden. Die Mitgliedschaft und der Prozentsatz der Zugehörigkeit ist dagegen sehr verschieden. Zum Beispiel ist in Skandinavien und ganz besonders in Schweden der Zugehörigkeitsgrad zu einer Gewerkschaft besonders hoch. Zahlen bis zu 80 % sind nicht ungewöhnlich, während in anderen Teilen Europas die Zahlen normalerweise wesentlich niedriger sind. Jetzt, da Arbeitsplätze und Kapital so einfach über Grenzen hinweg transferiert werden können und internationale Konzerne grenzüberschreitend operieren, sehen sich die Gewerkschaften neuen Herausforderungen gegenübergestellt. Mit ihrer Hauptaufgabe für Arbeitsplätze und gute Gehälter für ihre Mitglieder zu kämpfen, ist es sehr wichtig für die Gewerkschaften, an der Entwicklung von Europa und der Währungsunion teilzunehmen und sie zu beeinflussen.

Wie, glauben Sie, wird die EMU die Arbeit der Gewerkschaften beeinflussen?

Wie kann die EMU Sie als Gewerkschaftsmitglied beeinflussen?

Schreiben Sie Ihre persönliche Meinung auf und erstellen Sie eine Rangfolge der drei wichtigsten Gesichtspunkte in Ihrer Gruppe.

1. _____
2. _____
3. _____

DIE MACHT DER GEWERKSCHAFTEN unterscheidet sich in den EG – Staaten sehr stark. In einigen Ländern haben die Vertreter der ArbeitnehmerInnen einen starken Einfluß, zum Beispiel auf Veränderungen am Arbeitsplatz.

Wie ist es mit der Situation in Ihrem Land?

Erarbeiten Sie eine Rangfolge der EG – Staaten und setzen Sie das Land an die erste Stelle, in dem die Gewerkschaften / die ArbeitnehmerInnen am meisten mitbestimmen können. Zuerst diskutieren Sie, welche Kriterien für diese Rangfolge bestimmend sein sollen.

Die strukturelle Entwicklung

WENN WIR ÜBER DIE ZUKUNFT REDEN, über die Entwicklung zum Beispiel der Gesellschaft und des Arbeitsmarktes, sagen wir oft, es hinge von der strukturellen Entwicklung ab. Wir betrachten diese Entwicklung oft als etwas Negatives. Wir sagen häufig, dass sich die Preise erhöhen. Stimmt das – fallen die Preise manchmal auch? Denken Sie an Ihren eigenen Haushalt und versuchen Sie festzustellen, wie lange Sie arbeiten müssen, um die Dinge des alltäglichen Lebens kaufen zu können? Versuchen Sie, einige Statistiken zu finden, so dass Sie die Preise und Ihr Gehalt von vor ein paar Jahren vergleichen können.

Was ist strukturelle Entwicklung?

Versuchen Sie, ein paar konkrete Beispiele aus Ihrer eigenen Stadt oder aus Ihrem eigenen Dorf zu nennen.

Was beeinflusst Ihrer Meinung nach die Strukturentwicklung?

Ist es zum Beispiel die Technologie? Die Preise? Die Globalisierung? Der Grad der Demokratie? Erstellen Sie eine Liste der zehn wichtigsten Faktoren und setzen Sie diese in eine Rangfolge

1. _____
2. _____
3. _____
4. _____
5. _____
6. _____
7. _____
8. _____
9. _____
10. _____

Ausgleichsfonds

DIE EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT hat vier Strukturfonds: einen Regionalfonds, einen Sozialfonds, einen Landwirtschaftsfonds und einen Fischereifonds. Sie zielen auf die Stärkung der ökonomischen und sozialen Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten ab und sie sind ein wichtiges Instrument zur Reduzierung regionaler Ungleichheiten und Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung. In dem Zeitraum 2000 bis 2006 stehen diesen Fonds 195 Milliarden Euro, ein Drittel des gesamten EG – Haushaltes, zur Verfügung.

Ausgleichsfonds

DIE WÄHRUNGSUNION wird es den Mitgliedstaaten schwieriger machen, strukturelle Ungleichheiten und Zeiten des konjunkturellen Abschwunges allein zu bewerkstelligen. Finnland zum Beispiel hat sich dafür entschieden, zu Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs einen Ausgleichsfonds einzurichten, um dem Land in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs zu helfen. In anderen Ländern wird über solche Fonds diskutiert und auch darüber, wie sie organisiert und gesetzlich geregelt werden sollen.

Der Fonds kann aus Mitteln eingerichtet werden, die in Tarifverhandlungen zurück gelegt werden. Sie können aber auch aus öffentlichen Mitteln gespeist werden, zum Beispiel durch Reduzierung der Einkommensteuer.

Die gesetzliche Regulierung der Ausgleichsfonds ist eine interessante Frage.

Welche Interessen sollten die Verwalter der Fonds vertreten?

Werden Ausgleichsfonds und andere Stabilisatoren gebraucht?

STÖRUNGEN DER WIRTSCHAFT können drei Gebiete beeinflussen:

1. Produktion und Beschäftigung
2. Gehälter und Gewinne
3. Staatseinnahmen

IN VIELEN LÄNDERN wurden die öffentlichen Ausgaben dazu benutzt, konjunkturelle Flaute zu mildern. Innerhalb der Europäischen Währungsunion wird diese Methode beträchtlich beschnitten, aber durch Ausgleichs- bzw. Pufferfonds wird es immer noch möglich sein, die „ups and downs“ zu neutralisieren.

Versuchen Sie zu folgenden Aussagen Stellung zu nehmen:

- Demokratische Systeme können nicht eigenständig eine vernünftige Wirtschaftspolitik formulieren, weil sie oft kurzfristig die Arbeitslosigkeit bekämpfen wollen.
- Inflation ist ein finanzielles Phänomen und kann nur durch die Zentralbanken reguliert werden.
- Arbeitslosigkeit hängt von der Flexibilität des Arbeitsmarktes ab und wird nicht durch die Nachfrage und die Produktionskapazität beeinflusst

Und zu Folgendem:

- Inflation kann am besten durch eine stabile Entwicklung der Gehälter und durch eine Arbeitspolitik des Angebotes bekämpft werden.
- Ein starkes demokratisches System muss Einfluss auf den Markt nehmen.
- Arbeitslosigkeit ist eine Frage des Ungleichgewichtes von Preisen und Gehältern und von Strukturproblemen auf dem Arbeitsmarkt.

Ein wichtiges Ziel der Europäischen Währungsunion wird die Vollbeschäftigung und die Aufrechterhaltung des Wirtschaftswachstums sein. Werden Ausgleichsfonds zur Stabilisierung der Wirtschaft angenommen werden? Die meisten Arbeitgeber lehnen sie ab.

Ausgleichsfonds und interne Abwertung

Abwertung bedeutet, dass die Wechselkurse niedriger werden, die Exporte billiger und Importe teurer. Inflation reduziert den Wert der Gehälter und erhöht die Gewinne der Arbeitgeber. Die Relation zwischen Arbeit und Kapital wird wieder ausgeglichen. Ausgleichsfonds andererseits sind eine einseitige Reduzierung der Kosten, was nur einen vorübergehenden Effekt auf die Kosten haben wird.

Diskussion



Diskutieren Sie die folgenden Instrumente, um mit neuen ökonomischen Situationen umzugehen:

- Abwertung
- Reduzierung von Fremdwährungen
- Niedrigere Preise in Fremdwährungen
- Höhere Preise auf eingeführte Waren
- Interne Abwertung
- Reduzierte Einkommensteuer
- Erhöhte Mehrwertsteuer
- Pufferfonds

Wann können Ausgleichsfonds genutzt werden?

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Produktivität drastisch erhöht. Dieses kann daran gemessen werden, wieviel mehr produziert wurde ohne Erhöhung der Arbeitsstunden oder des Kapitals. Diese Effizienz ist durch technischen und organisatorischen Fortschritt erzielt worden, der häufig mit einer Erhöhung des Wissens einhergeht. Diesen Fortschritt nennt man manchmal strukturelle Entwicklung. Das Problem für Wirtschaftsexperten und Politiker ist es zu erkennen, ob es sich um eine strukturelle oder eine temporäre Entwicklung der Wirtschaft handelt und dass die Lösungen auf beide Möglichkeiten gleichermaßen abzustimmen.

Ausgleichsfonds in den Unternehmen können dazu beitragen, die Verwertung der Ressourcen zu erhalten, aber sie können auch den dynamischen Effekt, den Druck zur Veränderung / den Veränderungswillen beeinträchtigen. Die Sicherheit für den Einzelnen soll erreicht werden, allerdings ohne dass der Zwang zur Veränderung in den Unternehmen aufgehoben wird.

Was glauben Sie, wie Ausgleichsfonds gestaltet werden sollten, um diesen Anforderungen zu genügen?

Wie funktionieren Ausgleichsfonds

EIN AUSGLEICHSFONDS ist nur effektiv während der Zeit, in der er ausgezahlt wird. Danach wird die Wirtschaft wieder zu der Situation vor der Auszahlung des Fonds zurückkehren. Ein Ausgleichsfonds kann niemals dauerhafte Arbeitsplätze schaffen oder ein zu hohes Kostenniveau korrigieren, aber er kann Zeit zur Korrektur von Mängeln und Problemen für die Wirtschaft verschaffen.

Politische Stabilisierungsinstrumente

Wie können wirtschaftliche Krisen in der Zukunft behandelt werden, ohne zu massiver Arbeitslosigkeit zu führen?

Können Ausgleichsfonds als sogenannte „Stoßdämpfer“ eine Lösung sein?

Durch wen sollten diese Ausgleichsfonds verwaltet werden – durch die Gewerkschaften und Arbeitgeber gemeinsam?

Können Ausgleichsfonds aus ersparter (bereits geleisteter) Arbeitszeit bestehen – wenn ja, wie?

Können Ausgleichsfonds Unternehmen dazu veranlassen, während guter Zeiten zu sparen und während schlechter Zeiten auszugeben?

*Können Bildungsfonds als Ausgleichsfonds benutzt werden? Wenn ja, wie?
Können die Ausgleichsfonds durch die Produktion finanziert werden oder gibt es andere Mittel?*

Gibt es andere Wege, einem Land während einer wirtschaftlichen Abschwungphase zu helfen?

Wie finden Sie die Idee der Ausgleichsfonds?
Schreiben Sie Ihre Argumente dafür und dagegen auf.

Dafür	Dagegen

Arbeitsorganisation

Wie sind die Arbeitsplätze in Ihrem Land organisiert?

Welchen Einfluss haben Sie als Angestellte/r bezüglich Ihrer täglichen Arbeit und der Veränderungen? Welche treten regelmäßig auf?

Welchen Einfluss hat die Gewerkschaft auf diese Dinge?

Wenn Sie Einfluss darauf hätten, wie die Arbeit in Ihrem Land organisiert sein sollte – wie würden Sie sich entscheiden?

Wie könnte die EMU Ihrer Meinung nach Ihre Entscheidung beeinflussen?

Demokratie am Arbeitsplatz

DEMOKRATIE AM ARBEITSPLATZ ist ein wichtiges Anliegen der Arbeiterbewegung. Viele fürchten, dass die EMU die Demokratie beschneiden und die Mitbestimmung schwächen wird.

Was meint man mit Demokratie am Arbeitsplatz?

Geben Sie einige Beispiele und versuchen Sie dann, die fünf wichtigsten Kriterien aufzuzeigen.

Meine Beispiele:

Meine Kriterien:

1.

2.

3.

4.

5.

Erwachsenenbildung / Lebenslanges Lernen

WIR SPRECHEN MEHR UND MEHR über ein lebenslanges Lernen. Das bedeutet, dass wir während unseres gesamten Lebens lernen müssen. Es ist besonders wichtig für unsere Arbeit und seine Bedeutung steigt ständig.

Wie ist Ihre Meinung über lebenslanges Lernen? Glauben Sie, dass diese Vision bald Realität wird?

Durch die Europäische Währungsunion sind wir enger miteinander verbunden und der Wettbewerb bezüglich gelernter und qualifizierter Arbeiter zwischen den Unternehmen bzw. Arbeitgebern steigt. Wie bereiten Sie sich auf lebenslanges Lernen in Ihrem Land vor? In Ihrer Stadt? Versuchen Sie, die fünf wichtigsten Maßnahmen herauszufinden, von denen Sie glauben, dass sie durch den einzelnen und durch den Gesetzgeber ergriffen werden sollten:

1. _____
2. _____
3. _____
4. _____
5. _____

Beschäftigung

NUR 38 % DER ARBEITNEHMER/INNEN in der EU über 55 Jahre haben einen Arbeitsplatz. Die EU hat beschlossen, dass diese Zahl auf 50 % bis 2010 gesteigert werden soll. Ein Teilziel ist es, die allgemeine Beschäftigungsquote bis zum Jahre 2005 auf 67 % bei den Männern und 57 % bei den Frauen zu erhöhen.

Betrachten Sie die Beschäftigungsquoten in Ihrem Land und vergleichen Sie diese mit den Zahlen aus Ihren Nachbarländern und des EG – Gebietes als Ganzes.

Beschäftigungsquote in meinem Land: Total: ___% Frauen: ___% Männer ___%

Beschäftigungsquote in _____: Total: ___% Frauen: ___% Männer ___%

Beschäftigungsquote in _____: Total: ___% Frauen: ___% Männer ___%

Beschäftigungsquote in _____: Total: ___% Frauen: ___% Männer ___%

Was ist mit der Beschäftigungsquote in Ihrer Stadt? Vergleichen Sie die Zahlen mit den Zahlen Ihres Landes und den Zahlen Ihrer Nachbarländer.

Beschäftigungsquote in meiner Stadt: Total: ___% Frauen: ___% Männer: ___%

EMU und Wohlstand

EIN MÖGLICHES EUROPÄISCHES GESELLSCHAFTSMODELL geht von der Vorstellung aus, dass es notwendig und machbar sei, eine bestimmte Art von Wohlstand für alle Bürger zu erreichen. Charakteristisch für solch eine Gesellschaft ist eine hohe Besteuerung, ein staatliches Ausgleichssystem sowie ein staatlich regulierter Arbeitsmarkt, welches zusammen sowohl soziale Sicherheit als auch einen vernünftigen Lebensstandard für den Einzelnen selbst in schwierigen Zeiten wie z. B. Arbeitslosigkeit garantieren soll. In Schweden wurde das Konzept des „Schwedischen – Modells“ nach diesen Gesichtspunkten definiert.

Der Begriff Wohlstand beschreibt die Lebensumstände der Menschen. Eine mögliche Definition basiert auf Kriterien wie Einkommen, Gesundheit, Bildung und Lebensstandard, etc. Der Begriff Wohlstand ist kein wertneutraler Begriff, er beruht auf den Werten der jeweils betroffenen Menschen. Daraus ergibt sich, dass der Grad des Wohlstands durch politische Entscheidungen bestimmt wird.

Diskussion



In wie weit stimmen Sie zu oder widersprechen Sie den folgenden Aussagen bezüglich des Inhaltes des Begriffs Wohlstand?

Arbeit	Zustimmung	Ablehnung	
Recht auf Vollbeschäftigung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Recht auf Vollzeitbeschäftigung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Das Recht, zwischen Vollzeit und reduzierter Arbeitszeit wählen zu können.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Staatliche Regulierung des Arbeitsmarktes	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Andere wichtige Kriterien zum Thema „Arbeit“:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bildung			
Jedes Kind sollte die Möglichkeit einer guten Ausbildung bekommen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Jeder junge Mensch soll das Recht haben, zwischen einer Berufstätigkeit oder weiteren Lernphasen zu wählen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Weiterbildung soll Erwachsenen die Möglichkeit geben, sich beruflich/persönlich fortzubilden, gemäß ihrer oder seiner Bedürfnisse	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Andere Vorschläge zum Thema Bildung:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



Der Begriff Wohlstand beschreibt die Lebensumstände der Menschen. Eine mögliche Beschreibung bezieht sich auf volkswirtschaftliche Kriterien, auf Gesundheit, Bildung usw.. Der Begriff Wohlstand ist kein wertfreier, allgemein gültig definierter Begriff.

Gesundheitsfürsorge

Zustimmung

Ablehnung

Die Gesundheitsfürsorge in einem Sozialstaat ist charakterisiert durch einen hohen Standard, gut ausgebildetem Personal, geringe Wartezeiten und sie sollte jedem ohne Ansehen seiner Person problemlos zur Verfügung stehen

Andere Merkmale einer guten Gesundheitsfürsorge:

Persönliche wirtschaftliche Sicherheit

Die Gesellschaft sollte ein Einkommen während Krankheit, Schwangerschaft und Elternschaft garantieren

Andere wichtige Kriterien für die persönliche/wirtschaftliche Sicherheit:

Renten

In einem Sozialstaat sollte der einzelne entscheiden können, wann er im Alter von 60 bis 70 Jahren in Rente geht

Die Rente sollte abhängig vom Gehalt während der Arbeitszeit sein

Andere wichtige Bestimmungen für Rentner:

Wohnen

Jeder sollte die Möglichkeit bekommen, in einer modernen Wohnung oder in einem Haus zu leben.

Eine moderne Wohnung hat Zentralheizung, eine Küche und Wohnräume.

Die Temperatur sollte niemals unter 18 Grad sein.

Die Küche hat fließend warmes und kaltes Wasser, einen Elektroherd und einen Kühlschrank.

Das Bad hat warmes und kaltes Wasser, eine Dusche/Badewanne und eine Toilette.

Die Größe der Wohnfläche sollte nicht weniger als 70 qm für eine 4köpfige Familie betragen.

Andere wichtige Kriterien für gutes Wohnen in einem Sozialstaat.

Nahrung Zustimmung Ablehnung

Der Staat und die örtlichen Behörden sind für die Kontrolle von Nahrungsmitteln und der Wasserversorgung verantwortlich, um der Gefahr von Viren und Bakterien vorzubeugen

Andere:

Freizeit

Jeder, der arbeitet, sollte gesetzmäßig das Recht auf mindestens 4wöchigen bezahlten Urlaub haben.

Andere:

Infrastruktur

Der Staat und die örtlichen Behörden sollten die Verantwortung für die Infrastruktur und deren Instandsetzung übernehmen.

Die Infrastruktur beinhaltet die Wasser-, Elektrizitäts- und Telefonversorgung, Straßen und Kommunikationsmittel.

Andere:

Rechtsbeistand

In einem Sozialstaat sollte jeder Person Verbraucherschutz und freie Rechtsmittelhilfe zur Verfügung stehen.

Andere:

Kultur und Sport

In einem Sozialstaat steht dem Bürger ein breites Angebot an kulturellen und sportlichen Aktivitäten zur Verfügung.

Kulturaktivitäten können sein: Musik, Theater, Kunst, Studienzirkel oder andere Formen des geselligen Beisammenseins.

Andere:

Umwelt

In einem Wohlfahrtsstaat zeichnet sich die Umwelt durch sauberes Wasser und saubere Luft, Grünflächen und eine Kontrolle des Lärmpegels aus.

Andere:

Die Finanzen des Sozialsystems

DIE FINANZEN EINES SOZIALSYSTEMS unterliegen einer kontinuierlichen politischen Diskussion. Hauptdiskussionspunkt ist, was aus öffentlichen Mitteln finanziert werden soll. Außerdem wird auch darüber beratschlagt, wer die Anspruchsberechtigten dieses Systems sein sollen. Beschreiben Sie, wie ihrer Meinung nach das Sozialsystem finanziert werden soll und wie zwischen einer kommunalen oder privaten Lösung oder einer Mischung aus beidem entschieden werden kann.

Markieren Sie in den unten stehenden Kästchen, in welchem Maße Sie eine staatliche oder private Lösung bevorzugen.

	Private	Mischung	Staatlich
Arbeitsplätze	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bildung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gesundheitsfürsorge	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ökonomische Sicherheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Renten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wohnen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Nahrung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Freizeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Infrastruktur	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Rechtsmittelhilfe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kultur und Sport	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Umwelt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Anderes:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Das Sozialsystem in meinem Land

NACHDEM SIE NUN DEN BEGRIFF „soziale Sicherung“ definiert und interpretiert haben, schätzen Sie bitte den Grad der sozialen Absicherung in Ihrem eigenen Lande ein. Bitte markieren Sie dieses auf der folgenden Skala.

	Keine	befriedigend	unzureichend	ausreichend gut	sehr gut
Arbeitsplätze	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bildung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gesundheitsfürsorge	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ökonomische Sicherheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Renten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wohnen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Nahrung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Freizeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Infrastruktur	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Rechtsmittelhilfe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kultur und Sport	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Umwelt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Anderes:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



Ein Wohlfahrtssystem kann auf verschiedene Arten finanziert werden, wie zum Beispiel durch öffentliche oder private Mittel oder einem Zusammenspiel aus beidem.

Wirtschaft und EU – Erweiterung

Hintergrund

DIE EU BESTEHT HEUTE aus 15 Mitgliedsstaaten und begann im Jahre 1951 als Vereinigungsprozess von 6 Ländern: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. 1973 kamen Dänemark, Irland und Großbritannien hinzu. Griechenland trat der Union im Jahre 1983 bei und Spanien und Portugal folgten 1986. Die letzte Erweiterung fand 1995 statt, als Österreich, Finnland und Schweden der EU beitraten.

Außer Dänemark, Schweden und Großbritannien gehören alle Mitgliedsstaaten auch der Europäischen Währungsunion (EMU) an.

Fakten

Die Maastrichter Beitrittskriterien zur Aufnahme in die EMU sind:

Ein Staatsdefizit von nicht mehr als 3% des Bruttoinlandsproduktes unter „normalen Bedingungen“.

Eine Staatsverschuldung, die die 60% bezüglich des Bruttoinlandsproduktes nicht übersteigt, es sei denn, die Rate fällt deutlich.

Eine Inflationsrate, die nicht über 11,5% höher ist als die der 3 Mitgliedsländer mit den niedrigsten Raten.

Langfristige Darlehenszinsen sollten nicht mehr als 2% über dem Zinssatz der 3 besten Mitgliedsländern liegen (bezüglich der Preisstabilität).

Die Mitgliedschaft in der ERM (Wechselkurse ohne „erhebliche Schwankungen“) während der letzten 2 Jahre vor der Überprüfung.

EU – Erweiterung

Bis zum heutigen Tage haben 13 Länder ihr Interesse an einem Beitritt zur EU bekundet: Bulgarien, Zypern, Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakische Republik, Slowenien und die Türkei. Die Europäische Kommission verhandelt mit zwölf von ihnen und es wird eine Anfangsgruppe von zehn Ländern gegründet (Slowakische Republik, Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, Zypern). Für die Verhandlungen gab und gibt es eine klare Rangfolge der Prioritäten: als erstes die Kopenhagener Beitrittskriterien und danach die Maastrichter Kriterien für den Euro.

Beitrittskriterien

BEIM KOPENHAGENER EUROPARATSTREFFEN 1993 machten die Mitgliedsstaaten einen entscheidenden Schritt in Richtung zukünftige EU – Erweiterung, indem sie übereinkamen, dass den „assoziierten Staaten von Mittel- und Osteuropa der Beitritt zur EU gewährt werden solle, sofern sie das wünschen“. Demzufolge war die EU – Erweiterung nicht mehr eine Frage des „Ob“ sondern des „Wann“. Auch hierzu machte der Rat der Europäischen Union eine klare Aussage:
Der Beitritt wird erfolgen, sobald das Bewerberland den Verpflichtungen der Mitgliedschaft nachkommen kann, indem es den Nachweis erbringt, dass es die politischen und ökonomischen Aufnahmebedingungen erfüllt.

Diskussion



Erörtern Sie die politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten Ihres Landes und vergleichen Sie sie mit den erforderlichen Aufnahmebedingungen.

Stimmen Sie der Aussage zu oder widersprechen Sie ihr, dass die Vorteile der Mitgliedschaft in der wirtschaftlichen Stabilität, der Förderung einer gesunden nationalen Wirtschaftspolitik sowie in der Ermutigung von Investitionen liegen?

Welche Vor- oder Nachteile bringt die Mitgliedschaft in der EU dem einzelnen Bürger?

Finanzierung der EU

Der Haushalt der EU besteht aus Beiträgen jedes Mitgliedslandes.
Das Prinzip zur Festlegung des jeweiligen Anteils ist kürzlich angepasst worden aber grundsätzlich das gleiche geblieben: ein gewisser Prozentsatz des Bruttoinlandsproduktes. Die Gründe für die Anpassung liegen in dem allgemeinen Wunsch nach Kosteneindämmung. Insbesondere die Subventionierung des Landwirtschaftssektors ist gründlich diskutiert worden, da sie die Hälfte des gesamten EU – Haushaltes ausmacht. Darüber hinaus wurde eine Ausgabenobergrenze für die Jahre 2000 bis 2006 festgelegt. Ein weiterer Grund für die neueste Anpassung ist die Feststellung, dass einige Länder mehr einzahlen als sie herausbekommen oder umgekehrt.

Folgende Seiten:

In Abbildung 1 finden Sie die Haushaltszahlen von 2000 bis 2006.

In Abbildung 2 finden sie die Zahlen und Posten für das Jahr 2002.

Diskussion



Diskutieren Sie die Gründe für die unterschiedlichen Größen der einzelnen Haushaltsposten.

Versuchen Sie die Vor- und Nachteile der EU – Mitgliedschaft für Ihr Land herauszufinden.

Diskutieren Sie mögliche Veränderungen im Haushalt nach einer EU-Erweiterung.

Abbildung 1
Haushaltszahlen von 2000 bis 2006.

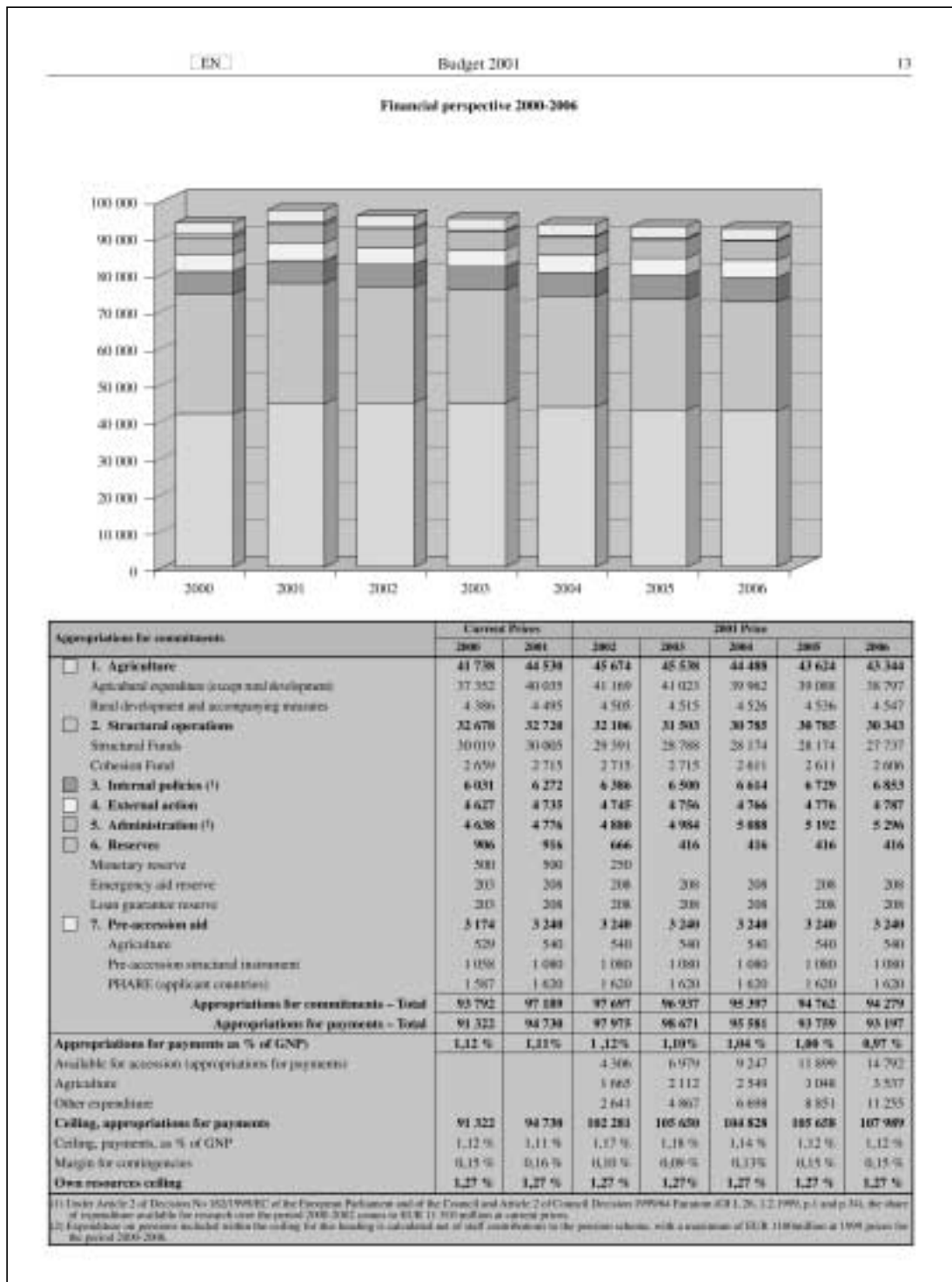
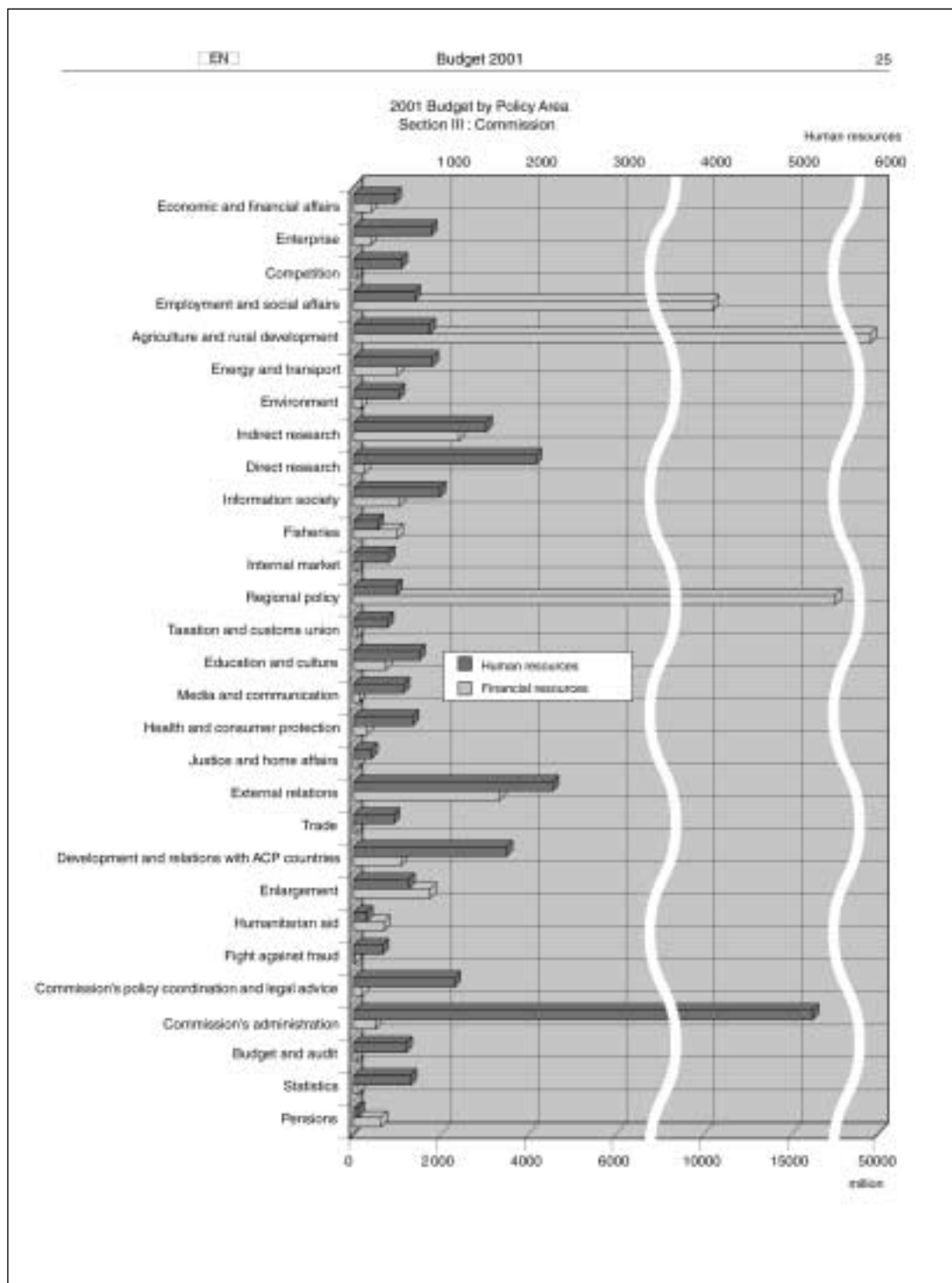


Abbildung 2
Zahlen und Posten für das Jahr 2002



Die EU und die Dritte Welt

IM MAI 2001 ORGANISIERTEN die Vereinten Nationen eine Konferenz zum Thema „Die Europäische Union und die am wenigsten entwickelten Länder“. Es wurde folgendes festgestellt:

„Im Jahre 1979 erkannte die internationale Gemeinschaft, dass es eine Gruppe von Ländern gibt, deren gemeinsames Merkmal nicht nur die grundlegende Armut ihrer Bevölkerung sondern auch die Schwäche ihrer ökonomischen, institutionellen und menschlichen Ressourcen ist. Momentan sind 49 Länder, mit einer Gesamtbevölkerung von 610,5 Millionen Menschen – das sind 10,5% der Weltbevölkerung – als die „am wenigsten entwickelten Länder (LDCs)“ klassifiziert worden. Diese Länder sind extrem schlecht ausgerüstet, um ihre heimische Wirtschaft zu entwickeln und ihrer Bevölkerung einen angemessenen Lebensstandard zu sichern. Ihre Wirtschaft ist auch besonders anfällig für Störungen durch externe Krisen oder Naturkatastrophen. Die Gruppe der LDCs ist daher das schwächste Glied der internationalen Gemeinschaft und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieser Länder wird nicht nur für sie selbst sondern auch für ihre Entwicklungspartner eine riesige Herausforderung darstellen.

49 LDCs stellen 10.5% der Weltbevölkerung

In dem Aktionsprogramm werden neben anderen folgende Ziele benannt:

- Eine signifikante Reduzierung der Armut
- Die Entwicklung menschlicher und institutioneller Ressourcen, um ein dauerhaftes Wachstum und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern
- Die Beseitigung von Versorgungsengpässen und die Erhöhung der Produktionskapazität sowie die Förderung der heimischen Märkte, um das Wachstum, das Einkommen und die Beschäftigungsrate zu beschleunigen
- Die Beschleunigung des Wachstums der LDCs, mit dem Ziel, ihren Anteil am Welthandel und am globalen Finanz- und Investitionsfluss zu vergrößern
- Der Schutz der Umwelt unter der Berücksichtigung, dass die LDCs und die Industrienationen eine gemeinsame aber doch unterschiedlich große Verantwortung tragen
- Die Sicherung der Nahrung und die Reduzierung der Unterernährung

DIE EUROPÄISCHE UNION, wie in der folgenden Abbildung aufgezeigt, ist nun eine der großen Wirtschaftsmächte der Welt, vergleichbar mit den USA und Japan, die die größten Wirtschaftsmächte der Welt darstellen.



Diskussion

Wie glauben Sie, wird die EU die Verhältnisse außerhalb der EU beeinflussen?

Wie können die oben genannten Ziele für die Dritte Welt erreicht werden?

Welchen Effekt wird die Erreichung dieser Ziele auf Ihr Land haben?

Einwohner

	<i>million</i>
Japan	126
Vereinigte Staaten	271
EU 12	301
EU 15	375

Handel

	Importe <i>Million euro</i>	Exporte <i>Million euro</i>
Vereinigte Staaten	790	600
Japan	60	380
EU-15	685	780

EMU und Globalisierung

Eine Einführung in die Globalisierung

DER BEGRIFF „GLOBALISIERUNG“ kommt von dem Wort Globus (lat. globulus) und wird im Sinne von „Erde“ benutzt. Wenn wir das Wort „Globalisierung“ benutzen, dann verbinden wir das meistens mit weltweiten Phänomenen wie Wirtschaft und Technologie. In diesem Kapitel wollen wir die Weltwirtschaft und den Weltmarkt erörtern, die Konsequenzen für die Demokratie, den Frieden und den Wohlstand und die Möglichkeiten der Bürger, die Zukunft zu verändern und zu beeinflussen.

Der Weltmarkt

Der Weltmarkt und die Informationstechnologie haben sich während der letzten Jahrzehnte dramatisch, in gegenseitiger Abhängigkeit voneinander, entwickelt. Mit der Entwicklung der Informationstechnologie in Form des Computers und der mobilen Telefone wurde die Möglichkeit der sofortigen Informationsübermittlung über die ganze Welt eröffnet. In diesem Sinne wurde ein Schlüssel gefunden, den Markt für Investoren, Finanzmanager, Produktion und Konsum auszuweiten. Der normale Bürger kann dieses Phänomen daran erkennen, dass sowohl das Kapital als auch Produktionsfirmen auf der Suche nach den besten Bedingungen leicht von einem Land zum anderen transferiert werden können. Das heißt, dass sich die Bedingungen der Arbeit in der Güterproduktion und den Dienstleistungen schneller und ohne vorherige politische Entscheidungen ändern als zuvor.

Ein weiteres Phänomen ist, dass Währungs- und Aktienspekulationen, die immer schon einen enormen Einfluss auf den Wohlstand und die Bedingungen des alltäglichen Lebens hatten, sich zunehmend als Bedrohung erweisen. Der Geldtransfer findet nicht in der Wirklichkeit sondern durch den Computer statt und in einem Augenblick können riesige Summen von einer Bank zu einer anderen transferiert werden und damit die Währung eines Landes bedrohen.

Diskussion



Diskutieren Sie Ihre Beobachtungen aus Ihrer Stadt und Ihrem Land hinsichtlich der Effekte des Weltmarktes.

Versuchen Sie herauszufinden, ob Ihre Beobachtungen positiv oder negativ für ihre Gesellschaft sind.

Der Markt und Wohlstand

ES BESTEHT KEIN ZWEIFEL DARAN, dass der freie Markt ein wichtiger Faktor für die Entwicklung einer Wohlstandsgesellschaft ist. Nun können wir zumindest zwei Phänomene beobachten bezüglich der Güterproduktion und der Dienstleistungen. Das eine Phänomen ist, dass Produktionsfabriken von traditionell hochentwickelten Industrieländern mit guten Sozialsystemen in Billiglohnländer ohne Tradition von sozialer Sicherung und Arbeiterorganisationen verlegt werden. Oftmals sind davon Produktionen, die nur einen niedrigen oder mittleren Wissensstand der ArbeiterInnen benötigen, betroffen. Die Länder oder Regionen, die diese traditionellen Produktionsbetriebe verlieren, versuchen, dieses durch höherentwickelte Industrien zu kompensieren.

DAS ANDERE PHÄNOMEN ist die Konzentration von Produktionsstätten in weniger und größere Einheiten. Einige Untersuchungen streichen heraus, dass in der Zukunft (nahen Zukunft?) nur 20 % der arbeitsfähigen Bevölkerung für die Produktion aller Güter und Dienstleistungen in dieser Welt benötigt werden. In so einer Welt werden 80 % der arbeitenden Bevölkerung für die Produktion nicht notwendig sein und werden etwas anderes tun müssen. Das ist das, was Wissenschaftler und nationale Wirtschaftsexperten das 20/80 Gesellschaftsmodell nennen.

Diskussion



Stimmen Sie der Beschreibung, wie die Produktion und die Arbeitsplätze umgesiedelt werden, zu?

Wenn Sie zustimmen, ist das positiv oder negativ und nach welchen Kriterien beurteilen Sie das?

Zählen Sie Argumente auf, für und gegen eine 20/80 Gesellschaft

Der Markt und Frieden

HISTORISCH GESEHEN hat es immer Kämpfe und Kriege um knappe Güter und Märkte gegeben. In der Regel stecken hinter einem Krieg wirtschaftliche Profitinteressen. Tatsächlich hat es seit 1870 drei große Kriege in Europa gegeben, bei denen es hauptsächlich um den freien Zugang zu knappen Gütern wie Kohle und Stahl ging. Wie bereits erwähnt, ist das der Hauptgrund für die Gründung der Europäischen Gemeinschaft als Friedensprojekt. Mit der Erschaffung eines internen Marktes und einer gemeinsamen Währung ist der Grundstein für eine friedvolle Entwicklung für Europa gelegt worden.

Wie auch immer, außerhalb der Europäischen Gemeinschaft (und Europa) ist der Lebensstandard von Millionen von Menschen sehr niedrig und die globalen Regeln des Handels sind von äußerster Bedeutung für eine friedliche, globale Entwicklung. Von den 6 Milliarden Menschen auf der Welt leben 2,8 Milliarden von weniger als zwei Euro pro Tag.

Diskussion



Diskutieren Sie die Möglichkeiten einer EU- Erweiterung auf dem selben Lebensstandard von heute für die nächsten 10 Jahre.

Glauben Sie, dass unter dem globalen Gesichtspunkt eine friedvolle Entwicklung möglich ist?

Der Markt und Demokratie

DER MARKT HAT SEINE EIGENEN SPIELREGELN durch die neue Technologie weiterentwickelt. Die Regeln des Marktes werden vornehmlich durch den Markt selbst bestimmt. Die Ziele der privaten Investoren bedeuten, dass die Länder und Arbeitskräfte oft nebensächlich bei der Wahl von Investitionen und Fabrikstandorten sind.

Mehr einheitliche Regeln für den privaten Sektor würde ein stärkeres Europa formen. Dieses Werk ist in der Tat schon auf vielen Gebieten der Europäischen Gemeinschaft vollbracht. Erwähnenswerte Beispiele sind die Verbraucherschutzgesetze und die Wettbewerbsregeln.

Ein anderer Weg, ein starkes Europa zu erschaffen, ist die Entwicklung und Erhaltung einer demokratischen Gesellschaft und wirtschaftlichen Wachstums. Das Wachstum sollte groß genug sein, um zum Beispiel neue Arbeitsplätze zu schaffen, dem Einzelnen eine Erhöhung des Lebensstandards zu ermöglichen und den Menschen den Glauben an eine bessere Zukunft zu geben.

EMU und lokale und regionale Demokratie

Die Definition von Demokratie

DAS WORT DEMOKRATIE wird in den unterschiedlichsten Zusammenhängen benutzt. Oft gebrauchen wir es, ohne dass an die eigentliche Bedeutung des Wortes gedacht wird. Ursprünglich kam das Wort aus dem Griechischen und bedeutet „Macht des Volkes“.

Die Bedeutung des Wortes ist unumstritten. Aber es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, wie es in einer Gesellschaft als politisches System umgesetzt werden soll. Hier in unseren Zusammenhängen wollen wir das Wort als politische Demokratie verstanden wissen, obwohl man natürlich auch z. B. über wirtschaftliche oder kulturelle Demokratie diskutieren könnte.

Es gibt verschiedene Wege, Demokratie umzusetzen. Ganz allgemein kann man von direkter oder indirekter Demokratie sprechen. Direkte Demokratie bedeutet, dass man mit seiner Stimme direkten Einfluß auf eine Entscheidung zu einem bestimmten Thema nimmt. Diese Form von Demokratie findet man vor allem bei kleineren Gruppen, Gesellschaften, etc.. Volksentscheide sind ebenso eine Form der direkten Demokratie.

In den meisten Gesellschaften besteht die Form der indirekten Demokratie und das bedeutet, dass man als Bürger eine Person oder eine Partei wählt und auf diese seine Abstimmungsrechte überträgt.. Die indirekte Demokratie ist die auf der Welt am weitesten verbreitete Form und ebenso in Europa.

Und obwohl das Wort Demokratie aus dem Altertum stammt, ist es als Form des politischen Systems ein relativ neues Phänomen. Auf dem Weg zur Staatsform lassen sich drei „Meilensteine“ ausmachen:

Der erste, als nach dem I. Weltkrieg das allgemeine Wahlrecht in verschiedenen europäischen Staaten eingeführt wurde und auch Frauen wählen durften. Der zweite, als sich nach dem II. Weltkrieg die Landkarte der Demokratie radikal veränderte. Deutschland und Italien waren zu einer demokratischen Staatsform zurückgekehrt, während Osteuropa von Diktaturen beherrscht wurde. Der dritte, als im November 1989 die Mauer fiel und damit auch die Chance für eine demokratische Entwicklung in Osteuropa gegeben war.

Dies ist die formale Demokratie, damit sind die Regeln, wie regiert werden soll, festgelegt. Aber die Definition für einen demokratischen Staat beinhaltet mehr als formale Regeln. Pressefreiheit, ein Mehrparteiensystem, usw. sind ebenso wichtige Komponenten eines demokratischen Staates. Und Demokratie beinhaltet auch ein gewisses Engagement der Bürger. Bürger, die ein Bewußtsein für die politische Entwicklung und eine Meinung zu bestimmten Entscheidungen auf den unterschiedlichen politischen Ebenen haben – auf der europäischen, der nationalen, der regionalen ebenso wie auf der lokalen Ebene.

Das Subsidiaritätsprinzip

FÜR EINEN BÜRGER ist es nicht immer einfach zu unterscheiden, auf welcher politischen Ebene eine Entscheidung vernünftiger Weise getroffen werden sollte. Das Hauptprinzip der Europäischen Gemeinschaft ist das sogenannte „Subsidiaritätsprinzip“, das beinhaltet, dass politische Entscheidungen so nah wie möglich an den betroffenen Menschen getroffen werden sollen. Einer der Gründe dafür ist, dass demokratische



Die Europäische Zentralbank besteht hauptsächlich aus zwei Teilen, dem vorsitzenden Rat und dem Executivorgan. Der Rat besteht aus Mitgliedern des Executivorgans und den Vorsitzenden der nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten.

Defizite vermieden werden sollen. Dieses Prinzip garantiert die Unabhängigkeit der lokalen Entscheidungsgremien gegenüber zentralistischen Ansprüchen und die Unabhängigkeit der nationalen Parlamente gegenüber den europäischen Institutionen. In der Praxis ist das Subsidiaritätsprinzip äußerst wichtig für den Ministerrat, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament. Das Prinzip wurde im Amsterdamer Vertrag festgelegt.

Diskussion



Sie herauszufinden, wie das Subsidiaritätsprinzip die Entscheidungen auf lokaler oder nationaler Ebene in Ihrem Land beeinflusst hat.

Finden Sie heraus, wie der Ministerrat, die EU Kommission und das Europäische Parlament dieses Prinzip umgesetzt haben.

Hat die Europäische Gemeinschaft mit dem Subsidiaritätsprinzip die Demokratie gestärkt oder geschwächt?

EMU und Demokratie

EIN MITGLIED der Europäischen Währungsunion zu sein, bedeutet, dass die monetären politischen Entscheidungen von der Europäischen Zentralbank (ECB) und nicht von den nationalen Zentralbank getroffen werden. Ganz wesentliche nationale Entscheidungen werden außerhalb des betroffenen Staates getroffen. Für einige Länder (England, Dänemark und Schweden) ist die eigenständige Finanzpolitik von so großer Bedeutung, dass sie nicht Mitglieder der Europäischen Währungsunion geworden sind, obwohl sie der Europäischen Gemeinschaft angehören. Von fundamentaler Bedeutung heißt in diesem Falle die Befürchtung, dass die Auflagen zur Begrenzung der nationalen Inflationsraten und die Anforderungen an die Ausgeglichenheit des Haushaltes die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in diesen Ländern beeinträchtigen würden.

Die meisten Mitgliedsländer haben inzwischen ihre nationale Finanzpolitik so umorganisiert, dass die nationale Zentralbank vom politischen Machtbereich unabhängig ist. Das trifft auch auf die Europäische Zentralbank zu.

Die Europäische Zentralbank besteht aus zwei Organen., dem Governing Council und dem Executivorgan. Dem Governing Council gehören Mitglieder des Executivorgans und der Vorstände der nationalen Zentralbanken der Mitgliedsstaaten an. Das Executivorgan besteht aus sechs Mitgliedern von hoher Finanzkompetenz.

Diskussion



Vergleichen Sie die Freiheit der Handlungsmöglichkeiten von Mitgliedsländern der Währungsunion mit den Handlungsmöglichkeiten der anderen Länder.

In welcher Weise hat das Europäische Parlament Einfluß und Kontrollmöglichkeiten auf die Europäische Zentralbank?

Wie ist die nationale Zentralbank in Ihrem Land organisiert?

Web-links

<http://europa.eu.int/euro/html/rubrique-cadre5.html?pag=section5.html|section=216|lang=5|chap=26>

Hintergründe / Zusammenhänge

http://europa.eu.int/index_en.htm

Die Europäischen Gemeinschaft on-line

<http://europa.eu.int/geninfo/info-en.htm>

Basierend auf den Rückmeldungen der Benutzer von EUROPA sind die „Informationsquellen“ Seiten überarbeitet worden, um eine große Auswahl (aber nicht ausufernd) an Quellen über allgemeine Informationen zur Europäischen Gemeinschaft, ihren Institutionen und Vertretungen sowie Details zur Kontaktaufnahme zur Verfügung stellen zu können

<http://www.emich.edu/public/bted/default.htm>

EMU's Informations – Sicherheitsprogramm liefert professionell entwickelte Möglichkeiten für jene, die im Bereich Informationssicherheit oder in anderen beruflichen Positionen arbeiten, die für die Vollständigkeit, Vertraulichkeit und Verfügbarkeit von Informationen verantwortlich sind

<http://europa.eu.int/euro/html/entry.html>

Wesentliche Informationen zum Euro

<http://europa.eu.int/euro/html/rubrique-cadre5.html?pag=rubrique-changeoverplan5.html|lang=5|rubrique=220|chap=12>

Nationale Umstellungs- bzw. Übergangspläne

<http://europa.eu.int/euro/html/rubrique-cadre5.html?pag=rubrique-defaut5.html|lang=5|rubrique=196|chap=13>

Wechselkurse

<http://europa.eu.int/euro/html/rubrique-cadre5.html?pag=rubrique-defaut5.html|lang=5|rubrique=100|chap=16>

Münzen und Banknoten

<http://europa.eu.int/euro/html/rubrique-cadre5.html?pag=rubrique-entreprise5.html|lang=5|rubrique=195|chap=20>

Unternehmen

<http://europa.eu.int/euro/html/rubrique-cadre5.html?pag=rubrique-banking5.html|lang=5|rubrique=230|chap=21>

Banken und Finanzen

<http://europa.eu.int/euro/html/rubrique-cadre5.html?pag=rubrique-consommateur5.html|lang=5|rubrique=215|chap=22>

Bürger und Konsumenten

<http://europa.eu.int/euro/html/rubrique-cadre5.html?pag=rubrique-youngeducation5.html|lang=5|rubrique=180|chap=24>

Jugenderziehung und -ausbildung